



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Josef Zellmeier, Thomas Huber, Manuel Knoll, Daniel Artmann, Barbara Becker, Maximilian Böttl, Patrick Grossmann, Martina Gießübel, Josef Heisl, Melanie Huml, Andreas Jäckel, Harald Kühn, Helmut Schnotz, Werner Stieglitz und Fraktion (CSU),**

Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöllner und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Haushaltsplan 2026/2027;

hier: Projekt: Fortbildungsprogramm Gayiversity mit Malte Anders

(Timo Schweitzer)

(Kap. 10 07 Tit. 531 75)

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 wird folgende Änderung vorgenommen:

Im Kap. 10 07 wird der Ansatz im Tit. 531 75 (Öffentlichkeitsarbeit, Aufklärungsmaßnahmen, Druckkosten der Publikationsmittel) für das Jahr 2026 von 76,1 Tsd. Euro um 112,0 Tsd. Euro auf 188,1 Tsd. Euro erhöht.

Die Deckung erfolgt aus Kap. 13 02 Tit. 893 06.

Begründung:

Beim Projekt Gayiversity handelt es sich um ein kabarettistisches Fortbildungsangebot für den staatlichen Bereich, welches bis Ende 2026 gefördert wird. Regelmäßig werden Anfragen von kommunalen Stellen an das Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales bzgl. Angeboten im Bereich LSBTIQ herangetragen.

Ein „Roll Out“ des an bayerischen Behörden erfolgreich in Anspruch genommenen kabarettistischen Fortbildungsangebots „Gayiversity“ an Kommunen in Bayern ist ein starkes politisches Signal – für LSBTIQ sowie für die Kommunen (direkt spürbare Unterstützung durch den Freistaat).

Das für Kommunen kostenfreie Angebot soll direkt wirken und Städte, Gemeinden und Landkreise unmittelbar und bedarfsorientiert unterstützen. LSBTIQ haben zwangsläufig Kontakt mit kommunalen Behörden zur Regelung der persönlichen Geschäfte. Sei es für Personalausweis, Reisepass, Führerschein, Bauantrag, Eheschließung: kommunale Beschäftigten begegnen LSBTIQ, ein Abbau etwaiger Unsicherheiten oder gar Vorurteile ist für die Bewältigung des Alltags eine direkte Unterstützung.